

Katja Dörner, MdB, Dorotheenstr. 79, 53111 Bonn

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Herrn Armin Laschet
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Katja Dörner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Horst Becker
Mitglied des Landtages NRW

Rolf Beu
Mitglied des Landtages NRW

Bonn, 31.05.2016

Katja Dörner, MdB
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn
Telefon: +49 228-629 199 58
Fax: +49 228-629 199 59
katja.doerner.wk@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-72 313
Fax: +49 30 227-76 313
katja.doerner@bundestag.de

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Politische Koordinatorin Arbeitskreis
Wissen, Generationen und Gesundheit

Mitglied im Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Regierungssitz Bundesstadt Bonn

Sehr geehrter Herr Laschet,

das Berlin-Bonn-Gesetz ist seit längerem unter Druck. Wie Sie wissen, erarbeitet die Bundesregierung unter Leitung von Ministerin Hendricks einen erweiterten Statusbericht zur Aufgabenverteilung zwischen den beiden Regierungssitzen, der Grundlage für ggf. anstehende Entscheidungen der Bundesregierung sein soll. Stadt, Region und Land müssen hierzu eine Haltung entwickeln. Meines Erachtens ist es von größter Bedeutung, dass Stadt, Region und Land und dabei alle relevanten Player – insbesondere auch überparteiisch – an einem Strang ziehen und gemeinsam agieren.

Leider wurde das Berlin-Bonn-Gesetz in der Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel immer weiter ausgehöhlt. Während 2005 die im Gesetz vorgesehene Aufteilung – mindestens die Hälfte der ministeriellen Arbeitsplätze sollen in Bonn angesiedelt sein – erfüllt wurde, so sind es heute nur noch 37 Prozent. Hier findet ein massiver Rechtsbruch statt, der eines Rechtsstaats nicht würdig ist.

Als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU haben Sie Einfluss auf die Gesamtaufstellung Ihrer Partei und das Agieren ihrer Parteikollegen im Zusammenhang mit dem Berlin-Bonn-Gesetz. Ich möchte Sie bitten, sich bei den Kabinettsmitgliedern, die Ihrer Partei angehören, für die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes einzusetzen.

Ich habe Ihnen die Antworten auf zwei Schriftliche Fragen an die Bundesregierung beigefügt – eine Einschätzung Ihrerseits hierzu interessiert mich sehr. Weniger als zwanzig Prozent der ministeriellen Arbeitsplätze des Finanzministeriums befinden sich noch in Bonn. Staatssekretär Jens Spahn (CDU) – in Vertretung für Minister Schäuble (CDU) – schätzt dies allerdings als unproblematisch ein. In seiner Antwort weist er vor allem auf Stellen in nachgelagerten Behörden hin, die in Bonn angesiedelt sind. Noch düsterer sieht es beim Innenministerium aus, welches nur noch elf Prozent der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn hat. Staatssekretär Engelke (CDU) – in



Vertretung für Minister de Maizière (CDU) – antwortet lapidar, die Regelung im Gesetz sei eine „Soll-Vorschrift“.

Es interessiert mich sehr, was Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU unternehmen, um die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes sicher zu stellen. Über eine zeitnahe Rückmeldung würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen